

Beantwortung der Wahlprüfsteine der LandesschülerInnenvertretung (LSV)

Zu 1. Partizipation:

Mehr Selbstverantwortung und Selbständigkeit von Schulen - weil sie es selbst am besten können

Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Neue Schule in Rheinland-Pfalz ist demokratisch. Ihr Schulalltag wird weitgehend nicht von Ministerien oder der Schulleitung bestimmt, sondern gemeinsam und gleichberechtigt durch eine drittelparitätische Beteiligung von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, die im Rahmen einer Schulkonferenz weitgehende Entscheidungsbefugnisse und Mitspracherecht haben. Die Schulkonferenz soll u.a. über das Qualitätsprogramm, Grundsätze der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit an der Schule, über Grundsatzfragen der Umsetzung der Bildungsstandards, der Gestaltung von Stundentafeln und Anwendung von Lehrmethoden beraten und beschließen. Auch Grundsatzfragen der Maßstäbe für die Leistungsbewertung, Grundsätze für Hausaufgaben und Klassenarbeiten, die Schul- und Hausordnung und grundsätzliche Fragen der Zusammenarbeit mit dem Schulträger, den Trägern der Jugendhilfe, den Berufsberatungsstellen und anderen Trägern bis hin zu Grundsätzen über die Verteilung der der Schule zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gehören für uns zum Aufgabenkatalog der Schulkonferenz.

An solchen Schulen würde dann die Schulkonferenz über die Einführung des Sozialkundeunterrichts ab der 5.Klasse mit besonderem Schwerpunkt auf "Demokratieerziehung" oder "die Umsetzung einer selbstbestimmten Lernkultur" entscheiden. Bei der Wahl der Schulleitungen soll die Schulkonferenz das Vorschlagsrecht erhalten. Die Hauptaufgabe der Schulleitung wird dann in Zukunft die Umsetzung der Beschlüsse der Schulkonferenz sein. Daneben steht weiterhin die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben.

Zu 2. Hochschulen:

Zugänge erleichtern - Ausstattung der Hochschulen in Rheinland-Pfalz verbessern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen die Studierenden und ihre Studienbedingungen an unseren Hochschulen ins Zentrum der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Wir halten am gebührenfreien Erststudium bis zu den Abschlüssen Magister, Master oder einem vergleichbaren akademischen Grad fest. Junge Menschen ohne starken finanziellen Hintergrund dürfen nicht vom Studium abgeschreckt werden.

Das rheinland-pfälzische Studienkontenmodell hat dazu geführt, dass zahlreiche Studierende ihr Studium abgebrochen haben und die Hochschulen einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit entsprechenden Kosten bewältigen mussten. Wir GRÜNE sind daher gegen das Studienkontenmodell der Landesregierung.

Deshalb setzen wir uns auch für eine mutige BAFöG-Reform ein: Eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Förderlinie soll für alle Studierenden aufgebaut werden.

Die Ausstattung der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist unzureichend. Bei den Landesausgaben pro Studierendem ist Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich weit abgeschlagen. Hochschulfinanzierung ist Zukunftsinvestition und braucht daher eine deutliche Priorität bei den Zukunftsausgaben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir den Hochschulen mit einem 300-Millionen-Programm die Ausstattung geben, die sie für eine bessere Lehre, Forschung und Kooperation dringend brauchen. Die Mittel sollen in Stufen bis zu einer Höhe von 100 Mio. Euro als Zusatzbudget aufgestockt werden.

Wir GRÜNE setzen uns - trotz einiger Probleme bei der Umsetzung - weiterhin für die Einführung von Bachelor und Master ein. Diese Abschlüsse steigern die Mobilität der Studierenden, beinhalten die Qualifikation für einen Beruf, ermöglichen eine kürzere Studiendauer und bewahren das Land Rheinland-Pfalz davor, sich aus dem entstehenden europäischen Studienraum auszuschließen. Der Bologna-Prozess in der EU darf jedoch nicht zu einer wissenschaftlichen Schmalspurausbildung für viele, einer Eliteausbildung für wenige und einer erzwungenen allgemeinen Studienverkürzung verkommen. Wir wollen die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft so gestalten, dass die AbsolventInnen der Bachelor-Studiengänge die Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden, ob und welchen Master-Studiengang sie beginnen wollen.

Die Rücknahme staatlichen Einflusses muss einhergehen mit einer Stärkung der Demokratie in den Hochschulen. Der Zuwachs an Autonomie kann für die Hochschulen nur produktiv sein, wenn alle Hochschulangehörigen daran teilhaben. Künftig sollen Hochschulleitungen von allen Hochschulmitgliedern in direkter, freier, geheimer und gleicher Wahl bestimmt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Hochschulen des Landes zu "Teilhabe-Hochschulen" weiterentwickeln. Hierarchien sollen abgebaut und die dominante Position der ProfessorInnen zurückgedrängt werden. Durch eine erweiterte Teilhabe der Studierenden und MitarbeiterInnen an Abläufen und Entscheidungsprozessen in den Hochschulen soll eine gelebte Kooperation ermöglicht werden. Die Mitwirkung von Studierenden und MitarbeiterInnen soll über die Entsendung von VertreterInnen in die Gremien hinaus ausgeweitet werden. Die studentische Selbstverwaltung wollen wir stärken: Die Verfassten Studierendenschaften nehmen ein politisches Mandat wahr. Die ProfessorInnenmehrheit in den Gremien wollen wir auf die vom Verfassungsgericht geforderten Entscheidungen beschränken. Gruppenübergreifende Wahlmodelle - wie das "Berliner Wahlmodell" - sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der nicht-professoralen Hochschulmitglieder stärken.

Zu 3. Schulstruktur

Mehr individuelle Förderung, bessere Unterrichtsqualität, länger gemeinsam lernen

Wir GRÜNE wollen eine bestmögliche Förderung aller SchülerInnen. Individuelle Förderung aller SchülerInnen verlangt die gezielte Arbeit mit besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Das sind SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder

Migrationshintergrund genauso wie Hochbegabte, die im bisherigen Schulsystem häufig unterfordert sind. Voraussetzung für eine bessere Förderung des Einzelnen, die zum eigenverantwortlichen Lernen anregt und führt, ist eine individuelle Lernplanung und die Abkehr vom Unterricht im 45-Minuten-Takt. Projekt-, fächer- und jahrgangsübergreifendes Lernen soll durch entsprechende Unterrichtsformen und -ausstattung ermöglicht werden.

Das bisherige System der Ziffer-Noten soll an rheinland-pfälzischen Schulen schrittweise durch Lernentwicklungsberichte ersetzt werden. Die Einführung von Lerntagebüchern, Lernentwicklungsberichten oder -beschreibungen (Portfolio) anstelle von Noten ist ein wichtiger Schritt für eine bessere Lernkultur in der Neuen Schule.

Unsere Perspektive für die Neue Schule in Rheinland-Pfalz ist eine neunjährige, gemeinsame Schulbildung mit dem Abschluss Sekundarstufe I so wie es die PISA-Siegerländer vormachen. Auf der Basis von bundesweit vereinbarten Bildungsstandards wollen wir die Möglichkeit schaffen, das Kurssystem in der Oberstufe flexibel und modular zu gestalten. Den SchülerInnen wird am Ende eines jeden Halbjahres die Gelegenheit gegeben, die Abiturprüfung oder Teile davon abzulegen.

Wir wollen die Neue Schule in Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt aufbauen und alle Beteiligten dabei mitnehmen. Eine Änderung des Schulgesetzes soll allen Schulen die Möglichkeit eröffnen, alle Bildungsgänge und -abschlüsse anzubieten.

Ein erstes Ziel der GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode ist die Einrichtung von mindestens 50 Neuen Schulen. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz soll die Möglichkeit erhalten, diese Schule einzurichten.

Zu 4. Integration:

Integrativer Unterricht ist besser

Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen bleibt GRÜNES Ziel. Wenn Eltern es wollen, sollen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen integriert werden. Diese "Schwerpunktschulen" sollen pädagogisch und personell so gestärkt werden, dass der gemeinsame Unterricht möglich ist.

Hochbegabte SchülerInnen finden in Rheinland-Pfalz keine angemessene Förderung. Fünf Begabtenklassen an drei Gymnasien werden den geschätzten 10.000 kognitiv hochbegabten Kindern nicht gerecht. GRÜNE treten auch bei den Hochbegabten für eine integrierte Förderung an ihren Schulen vor Ort ein.

Auch die Bildungschancen der SchülerInnen mit Migrationshintergrund an unseren Schulen sollen über individuelle Förderung an den Regelschulen verbessert werden. Dazu sollen

allgemeinbildende Schulen den Jugendlichen eine Möglichkeit zur Kompetenzerweiterung in ihrer Muttersprache anbieten.

Die Wiederholung einer Klassenstufe führt nur selten zur Verbesserung der schulischen Leistungen. Wir wollen das "Sitzenbleiben" abschaffen und die freiwerdenden Mittel für individuellen Förderunterricht - insbesondere an den Neuen Schulen in Rheinland-Pfalz - einsetzen. Auf gemeinsamen Wunsch von Eltern und betroffenen SchülerInnen bleibt das Wiederholen von Klassen möglich.

Wir GRÜNE wollen eine verbindliche Zielvereinbarung zur Halbierung der SchulabbrecherInnenquote bis zum Jahr 2011. Mittelfristig darf niemand ohne Abschluss und ohne Perspektive nach der Schule auf der Strasse stehen.

Zu 5. Religionsunterricht

Für eine weltoffene und tolerante Schule

Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konzipierte Neue Schule soll alle SchülerInnen zu Weltoffenheit und Toleranz erziehen. Sie soll sich weltanschaulich und religiös neutral verhalten, ohne ihren Auftrag zu einer Werteerziehung zu vernachlässigen. Wir wollen Religion nicht aus der Schule verbannen, sondern den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen den gleichen Respekt entgegenbringen. Deshalb streben wir langfristig die Einführung eines Lehrfaches zur allgemeinen Werteerziehung an, welches Kenntnisse über die Religionen der Welt sowie ethische und philosophische Grundfragen vermitteln soll. Es soll den konfessionell gebundenen Religionsunterricht, der weiterhin alternativ belegt werden kann, im Rahmen der bestehenden verfassungsrechtlichen Vorgaben als reguläres Pflichtfach ab dem 1. Schuljahr ergänzen. Kurzfristig halten wir es für notwendig, eine Gleichbehandlung der großen Religionsgemeinschaften dadurch zu gewährleisten, dass auch sie Religionsunterricht anbieten können. Zur Sicherung der Qualität müssen LehrerInnen, die dieses Fach unterrichten, sowie die Lehrpläne die gleichen Anforderungen erfüllen, die für die übrigen Fächer gelten.

Zu 6. Antirassismus:

Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eines der zentralen Anliegen der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz sowie bei den Europawahlen sind besorgniserregend.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextreme ist eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft. Damit rechtsextremes Gedankengut nicht den Weg in die "Mitte der Gesellschaft" findet, muss die Aufklärung über die Verbrechen der Nazizeit sowie über das Vorgehen und die Ziele rechtsextremistischer Organisationen und Parteien heute vorangetrieben werden. Wir brauchen eine umfassende antirassistische Bildungsarbeit für alle Altersgruppen. Die frühzeitige Vermittlung demokratischer Werte in Kindertagesstätten und Schulen ist von besonderer Bedeutung. Hierzu fordern wir eine bessere Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen, eine frühzeitige und umfassende Behandlung des Themas im Geschichts- und Sozialkundeunterricht, die finanzielle Förderung von Studienfahrten zu NS-Gedenkstätten und ein rheinland-pfälzisches Bildungszentrum für Demokratie, Frieden und Integration. Wir GRÜNE wollen antirassistische Bündnisse und Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen und finanziell absichern. Die Jugendsozialarbeit als eine wichtige Präventionsmaßnahme muss verstärkt werden.

Es müssen Anlaufstellen und Schutzprogramme zur Unterstützung von Opfern rechtsextremistischer Gewalt geschaffen werden. Wir brauchen eine umfassendere und transparentere Dokumentation rechter Gewalt. Bestehende Ausstiegsprogramme aus der rechten Szene müssen weiterentwickelt werden, um jungen Menschen den Weg zurück in die zivile Gesellschaft zu ermöglichen.

Ich hoffe mit der oben dargestellten Beantwortung unsere Positionen verdeutlicht zu haben und stehe auch gerne für weitere Rückfragen dazu zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nils Wiechmann